



Mittwoch, 29. April 2026, 17:00 Uhr  
~12 Minuten Lesezeit

# Donald Trump als Symptom

Die Großmannssucht des US-Präsidenten deutet in Wahrheit auf einen schleichenden Bedeutungsverlust seines Landes hin. Exklusivauszug aus: „Anatomie der US-Hegemonie“.

von Mohssen Massarrat  
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Artsiom P, Rawpixel.com)

*Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten erscheint*

*Außenstehenden oft ähnlich verwirrend wie der US-Präsident als Person. Dass Donald Trump selten an zwei Tagen das Gleiche zu einem Sachverhalt sagt, macht es nicht einfacher. Für Europa jedenfalls sind die USA kein verlässlicher Partner mehr. Und die durch den Wahlkampf genährten Hoffnungen, Trump würde sich gegen den Tiefen Staat in seinem Land stellen, sind vollends zerplatzt. Vielmehr hebt er die Kriegsbereitschaft der USA auf ein neues Niveau. Nur wo das Ganze hingehen soll, weiß keiner so richtig. In seinem Buch „Anatomie der US-Hegemonie: Vom amerikanischen Zeitalter zur multipolaren Welt“ widmet sich Mohssen Massarrat dem verzweifelten Kampf der USA um ihre Vormachtstellung. Das Buch erschien im Februar 2026, noch vor dem Beginn des Irankriegs. Aus diesem Grund wird an einigen Stellen des folgenden Textes etwas prognostiziert, was mittlerweile eingetreten ist. Ein Exklusivauszug.*

**Der Machtverlust der USA ist ein schleichender Prozess und im Grunde bereits gegen Ende des 20. Jahrhunderts erkennbar. Und zwar in dem Maße, wie Chinas Reformen, die von Deng Xiaoping durchgesetzt wurden, begannen, Früchte zu tragen und Chinas Anteil am Weltsozialprodukt zu steigern. Auf diese Entwicklung hin reagierten die US-Neokonservativen unter Führung von George W. Bush, Richard Cheney, Donald Rumsfeld, Condoleezza Rice und anderen mit ihrem aggressiv-militaristischen Projekt des American Century Anfang des 21. Jahrhunderts. Sie brachen, wie im Irak und in Libyen, folgenreiche Kriege vom Zaun und riefen des Weiteren im Mittleren Osten ein neues Wettrüsten hervor.**

Donald Trump und seine Make-America-Great-Again-(MAGA)-Bewegung sind der deutliche Ausdruck des Machtverlusts, nachdem es sich herausgestellt hat, dass die VR China im Begriff ist, ökonomisch die USA in der Weltwirtschaft zu überholen. Trump verdankt seinen Sieg allerdings auch vielen innenpolitischen Faktoren, vor allem dem tief sitzenden Vertrauensverlust der Amerikaner gegenüber den US-Regierungen. Die offene Debatte über einen Deep State in den letzten Jahrzehnten muss als Symptom dieses Vertrauensverlusts angesehen werden.

Trump und seine Anhänger verstanden es meisterhaft, die wachsende politische Legitimationskrise zu nutzen und die Bekämpfung von Deep State als ihre innenpolitische Strategie und sich als Vorkämpfer der Bürgerinteressen zu präsentieren. Tatsächlich hatte der Wahlkampf zwischen Donald Trump und Kamala Harris den Schein erweckt, es handle sich um die Auseinandersetzung von zwei parteiübergreifenden Lagern: dem Deep State und dem MAGA-Lager. Die Tatsache, dass prominente Repräsentanten der Republikaner wie John Bolton, Dick Cheney, Paul Wolfowitz und andere vor der Wahl 2024 bekannt gaben, nicht Donald Trump, dem Kandidaten der Republikaner, sondern Kamala Harris ihre Stimme geben zu wollen, verstärkt diese Annahme.

***Erst nach der Amtseinführung Trumps stellte sich immer deutlicher heraus, dass Trump die Bekämpfung des Tiefen Staates als einen wirkungsvollen Kampfbegriff benutzt, um den US-amerikanischen Staat zu einem autoritären Staat umzubauen und dabei die politischen Gegner als Unterstützer des verhassten Tiefen Staates anzuprangern und zu isolieren.***

Experten sind sich darüber einig, dass Trump auf diesem Weg in Galoppschritten voranschreitet (1). Durch politische Entscheidungen an den beiden Kammern, dem Kongress und dem Senat, vorbei, durch das Ignorieren von Gerichtsentscheidungen,

durch Bekämpfung von liberalen Universitäten mittels Budgetkürzungen, durch willkürliche Personalpolitik, durch Klagen gegen missliebige Medien wie beispielsweise gegen die *New York Times* auf den astronomischen Betrag von 14 Milliarden Dollar Schadenersatz, durch den Einsatz der Nationalgarde in den demokratisch regierten Bundesstaaten et cetera, verdichten sich die Konturen eines von Trump angestrebten autoritären Staates. Diese Politik führt jetzt schon zum Exodus vieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den USA. Drei der profiliertesten Intellektuellen der Vereinigten Staaten – der Historiker Timothy Snyder, die Osteuropa-Expertin Marci Shore und der Faschismusforscher Jason Stanley – haben sich entschlossen, die Yale University in Richtung der Universität von Toronto in Kanada zu verlassen. Jason Stanley, ein international renommierter Faschismusforscher, begründet seine Entscheidung damit, „er wolle nicht seine Kinder in einem Land aufwachsen sehen, das auf dem Weg in eine faschistische Diktatur sei“.

Doch ist die Charakterisierung von Trumps Regierungsform als faschistisch weniger treffsicher als die von dem Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel in Anlehnung an Max Weber beschriebene sultanistische Regierungsform. Merkel begründet seine These im Interview mit der *Frankfurter Rundschau* vom 23. August 2025 mit dem Einsatz von „Bedrohung und Belohnung“ als Instrumente zur Durchsetzung der eigenen Politik, die man als sich wiederholendes Muster bei Trump beobachten kann. Diese Strategie unterminiere besonders effektiv den Widerstand, weil „Furcht Folgebereitschaft“ erzeuge.

*„Denn wenn man folgt, wird man auch belohnt. Etwa mit großen wichtigen Positionen in der Administration in Washington oder auch bei geschäftlichen Interessen.“*

Schon jetzt dominiert in den USA eine Atmosphäre der „Angst, der Anpassung und des Denunziantentums“, die wie in der McCarthy-

Ära einen sich reproduzierenden „Kreislauf erzeugt“, so der Journalist Michael Hesse in der *Frankfurter Rundschau* vom 30. September 2025.

Es ist schwer, Trumps Regierungsform endgültig zu beschreiben. Sicher ist, dass er versucht, innenpolitisch seine Machterweiterung über die verfassungsmäßigen Grenzen hinaus auszutesten. Der Einsatz der Nationalgarde in demokratisch regierten Bundesstaaten mit dem Vorwand, die Kriminalität zu bekämpfen, ist durch die US-Verfassung nicht gedeckt und offensichtlich gegen die Demokraten gerichtet. Noch ist unklar, wohin die Reise geht. Trump spricht bei manchen von der Konkurrenzpartei regierten Bundesstaaten von „Kriegsgebieten“ und Orten als Übungsplatz für die US-Armee. Gegenwärtig findet die Auseinandersetzung über diese Grenzüberschreitungen in den US-Gerichten statt.

***Denkbar ist, dass sich hinter diesen Vorstößen die Strategie verbirgt, die innenpolitischen Auseinandersetzungen zu militarisieren und die aufkommenden Protestbewegungen einzuschüchtern.***

Solche Tendenzen bei Trumps MAGA-Bewegung sind mit der von Max Weber beschriebenen sultanistischen Regierungsform nicht zu erfassen.

Zwei zusammenhängende Faktoren werfen ein klareres Licht auf Trumps Außenpolitik: Zum einen die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA (NSS), die Anfang Dezember 2025 veröffentlicht wurde, und zum anderen die Militärintervention in Venezuela Anfang Januar 2026. In der NSS formuliert die Trump-Administration unter anderem die Wiederherstellung der vollständigen Dominanz der USA in der westlichen Hemisphäre gemäß der Monroe-Doktrin von 1823, den Ausbau des Finanzsystems und den Status des US-Dollars als globale Reservewährung als existenzielles Interesse der USA.

Neu ist, dass die NSS das Völkerrecht systematisch ignoriert. Stattdessen wird kein Zweifel daran gelassen, dass fortan für die USA das Recht des Stärkeren Vorrang hat. Mit Schlüsselbegriffen wie „unkonventioneller Diplomatie“ oder „Flexibler Realismus“ wird in der neuen NSS Trumps Unberechenbarkeit, Willkür und zuweilen auf Selbstüberschätzung und Wahnvorstellungen beruhende Realitätswahrnehmung zu einer für das Zusammenleben der Völker folgenreichen Strategie erklärt.

Trump's „America First“-Politik scheint eine hastige Reaktion auf den drohenden Verlust der US-Hegemonialposition zu sein, die sich nicht auf eine durchdachte Gesamtstrategie stützt, sondern vielmehr, wie im Folgenden konkretisiert wird, auf kurzfristig erzielbare ökonomische und politische Erträge zielt und die in ihrer Wirkung widersprüchlich sowie für die Menschheit folgenreich ist:

*Erstens:* Die Migrationspolitik durch massenhafte und willkürliche Verhaftungen von Migranten beim Einsatz der Nationalgarde entspringt rassistischen Motiven. Sie schadet den US-Unternehmen, deren Existenz an Billiglöhne gekoppelt ist. Sie macht Migranten durch Abschiebung in ihre Heimatländer arbeitslos. Und sie ruft in den Heimatländern der Migranten, zum Beispiel in den mittelamerikanischen Staaten, die zu einem erheblichen Teil von Überweisungen aus den USA angewiesen sind, Finanzkrisen hervor.

*Zweitens:* Wirtschaftswachstum durch Senkung aller nach Trumps Meinung „überflüssigen“ Kosten. Zweifelsohne orientiert sich die Verschlinkung des Staates am Kostensenkungsprinzip. Dazu setzt Trump viele Vorschläge aus dem von der Heritage Foundation ausgearbeiteten *Project 2025* um, das Multi-Milliardäre und christliche Evangelikale erarbeitet hatten. Zu diesen Vorschlägen gehörten der Auszug der USA aus der WHO, die Streichung zahlreicher Projekte im Gesundheitsbereich, die Streichung des USAID-Programms und der Kahlschlag von zahlreichen Abteilungen und Unterabteilungen der Ministerien unter der Leitung des Multi-

Milliardärs Elon Musk sowie die Entlassung von mehreren Hunderttausend Staatsbediensteten am Kongress vorbei. Besonders gravierend ist der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaschutzabkommen. Ob durch diese Strategie die beabsichtigten Effekte tatsächlich erreicht werden, muss stark bezweifelt werden. Zwecks Steigerung der Rüstungsexporte beabsichtigt Trump, zusätzlich zu den historisch aufgetürmten Hegemonialrenten (Süd-Nord-Umverteilung, unbegrenzte Staatsverschuldung gegenüber dem Rest der Welt durch das Monopol an der Weltwährung et cetera) sämtliche hegemoniale Machthebel in Gewinne für die US-Ökonomie umzumünzen, die hier an zwei aktuellen Beispielen illustriert werden sollen:

Trump verlangt von den Verbündeten in der NATO, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen. Er ging dabei so weit, mit dem Abzug von US-Truppen, beispielsweise aus Europa, und sogar mit dem Austritt aus der NATO zu drohen. Damit erreichte Trump, dass die Bellizisten der EU offensiv für eine eigenständige europäische Armee und Nuklearwaffen werben, um angeblich Europas sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA zu verringern oder gar ganz zu überwinden.

***Noch wichtiger als Ergebnis von Trumps Drohung ist die Bereitschaft sämtlicher EU-Staaten – mit Ausnahme von Spanien und der Slowakei – in vorauseilendem Gehorsam ihre Verteidigungsausgaben von bisher 2 ab sofort auf 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.***

„Präsident Trump verlangt von den Nato-Partnern, ihre Verteidigungsausgaben von 2 auf 5 Prozent zu erhöhen. Wir folgen ihm“, so der deutsche Außenminister Johann Wadepful im August 2025. Dies macht zum Beispiel 2024 fast 900 Milliarden Euro aus. Von dieser Summe wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein bedeutender Teil bei der US-Rüstungsindustrie ausgegeben und

ganz im Sinne von Trumps Strategie zu mehr Wachstum in den USA beigetragen. Doch rufen diese nur kurzfristigen Vorteile Kräfte hervor, die die US-Hegemonie nicht mehr als selbstverständlich ansehen.

Eine EU, die langfristig nicht mehr unter dem nuklearen Schirm der USA steht und sicherheitspolitisch insgesamt völlig unabhängig ist, würde deutlich weniger bereit sein, die US-Hegemonie zu akzeptieren und bestrebt sein, sich selbst und mit der eigenen Währung Euro neben den USA und China als den dritten Pol einer multipolaren Weltordnung zu definieren. Eine solche EU würde sich auch um die eigene Sicherheit sorgen und zwar irgendwann sogar auch durch die gemeinsame Sicherheit im Europäischen Haus von Lissabon bis Wladiwostok. Damit würde Trump mit seiner Politik der Einnahmenmaximierung genau das hervorrufen, was er verhindern will: den weiteren Machtverlust der USA auf das Niveau einer Supermacht unter mehreren Supermächten.

Eine Zerschlagung des US-Monopols an der Weltwährung und der Zwang zur Konkurrenz des Dollars mit dem Euro und anderen Weltwährungen dürften US-Ökonomie und Gesellschaft mit gigantischen Erschütterungen konfrontieren. Denn gegenwärtig können die USA dank ihres Monopols an der Weltwährung, wie im Kapitel 6 ausgeführt wird, durch unbegrenzte Staatsverschuldung gegenüber dem Rest der Welt ihre Handelsdefizite ausgleichen und die Rüstungsausgaben finanzieren. Unter der Bedingung, dass der Dollar dieses Monopol und damit die Möglichkeit der unbegrenzten Verschuldung verlöre, stünden die USA vor der Entscheidung, einerseits die eigene, stark vom Dollar-Monopol abhängige Wirtschaft durch umfassende Reformen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu machen und die Handelsdefizite abzubauen. Andererseits erfordern die bisher durch Staatsverschuldung finanzierten Rüstungsausgaben drastische Steuererhöhungen mit unkalkulierbaren innenpolitischen Folgen.

Drittens fällt friedenspolitisch störend auf, dass Trump die Expansion des ohnehin aufgeblähten US-Rüstungssektors als Wachstumsmotor der US-Ökonomie betrachtet. In diesem Kontext erscheinen die von den USA den NATO-Staaten auferlegten 5 Prozent Rüstungsausgaben in einem neuen Licht. Mit großem Eifer hat Trump nach seiner ersten Amtseinführung bisher über 300 Milliarden Dollar Rüstungsabkommen mit den Ölstaaten am Persischen Golf geschlossen. In dieser Kategorie ist auch die Ankündigung Trumps Anfang Januar 2026 einzuordnen, das Militärbudget der USA von gegenwärtig 901 Milliarden Dollar – ohnehin mit Abstand das höchste in der Welt – 2027 um 50 Prozent auf 1,5 Billionen Dollar zu erhöhen.

***Es ist sehr wahrscheinlich, dass Trump auch diese gigantische Erhöhung der Rüstungsausgaben, wie die epochalen Erhöhungen in den letzten zwei Dekaden, von 200 auf 900 Milliarden Dollar durch neue Staatsanleihen und somit Steigerung der Staatsverschuldung finanzieren wird. „America First“ bedeutet in diesem Sinne, dass die Welt auch in Zukunft die US-Kriege finanzieren muss.***

Viertens: Mit der völkerrechtswidrigen Bombardierung Venezuelas und der Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro und dessen Ehefrau haben die USA begonnen, ihre in der NSS formulierten Ziele Stück für Stück umzusetzen. Dabei verfolgen sie das Ziel, Venezuelas Ölvorräte (die größten der Welt) der US-Kontrolle zu unterwerfen und China (wichtigster Ölimporteur) von der US-Westhemisphäre fernzuhalten und die Dollardominanz im venezolanischen Ölhandel zurückzuziehen. Das Beispiel Venezuela erinnert stark an ähnlich gelagerte Ereignisse wie den Sturz der Regierungen von Ölstaaten im Iran 1953, im Irak 2003 und in Libyen 2011, sämtlich durch die direkte Intervention der USA bewirkt. In Lateinamerika verfolgen die USA darüber hinaus ihren Dominanzanspruch gegenüber allen lateinamerikanischen Staaten wie Kuba, Kolumbien und Mexiko, die mit Russland und China

kooperieren. Eine militärische Invasion in Kuba scheint daher nicht mehr ausgeschlossen zu sein. In diesem Kontext ist auch die offene Drohung Trumps („we need Greenland for our national security“) einzuordnen, Grönland militärisch zu besetzen.

Überträgt man das angeblich existenzielle Interesse der USA in der westlichen Hemisphäre auf den Mittleren Osten, so muss befürchtet werden, dass die USA alsbald auch den mit Venezuela verbündeten Iran aus ähnlichen ökonomischen und geopolitischen Erwägungen erneut militärisch ins Visier nehmen. Würde im Iran ein Regimewechsel durch die USA stattfinden, wäre der gesamte Mittlere Osten samt Ölstaaten erneut vollständig unter amerikanischer Kontrolle.

Wie man sieht, können Trumps Projekte zur Stärkung der US-Hegemonie Gegenkräfte hervorrufen und die multipolare Weltordnung beflügeln. Diese im Ansatz den Wettbewerb und die Demokratie in den internationalen Beziehungen fördernde Perspektive ist keine Utopie und auch nicht das Resultat von intellektuellen Schwärmereien, sie findet immer mehr bei den an der Zukunft orientierten Weltkern Zuspruch, wie bei dem renommierten US-Ökonomen Jeffrey Sachs, den ich an dieser Stelle ausführlich zitieren möchte und auf den ich mich im vorliegenden Buch oft beziehen werde. Auf die Fragen eines FR-Journalisten zur Gestaltung eines Europas, das sich nicht mehr an den USA orientiert, antwortete Sachs:

*„Europa befindet sich in einer Wirtschaftskrise auf Grund des Krieges in der Ukraine, der Zerstörung von Nord Stream durch die USA, des wirtschaftlichen Bruchs mit Russland, das ein wichtiger Handelspartner war, der Spannungen mit China und der Verzögerung der deutschen Autoindustrie bei der Umstellung auf Elektrofahrzeuge. Die zunehmenden Spannungen mit China könnten zu einem starken Abschwung des Handels zwischen der EU und China führen, was auch Europa ernsthaft schaden würde. Kurzum, Europa befindet sich in*

keiner guten wirtschaftlichen Lage. Die Lösung liegt im Frieden in der Ukraine, in der Wiederaufnahme des Handels mit Russland, in der Aufrechterhaltung des Handels mit China, in der Beschleunigung des grünen Wandels in Europa.“

In der Ablehnung der Idee, „die Militärausgaben auf fünf Prozent des BIP zu erhöhen“, fügt Sachs hinzu: „Wie lächerlich. Diplomatie ist für Europa viel besser als ein Wettrüsten mit den US-amerikanischen Waffensystemen! Europa sollte die amerikanische Hardliner-Politik gegenüber China ablehnen.“

Und auf die Frage desselben FR-Journalisten, wie die gesellschaftliche Kluft in den USA und anderen westlichen Ländern überwunden werden könnte, antwortet Sachs:

„Das bedeutet, dass die Regierung sich gleichzeitig auf die wirtschaftliche Entwicklung durch Innovation und Investitionen, auf soziale Gerechtigkeit durch allgemeinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, sozialen Wohnungsbau und andere Infrastruktur sowie auf ökologische Nachhaltigkeit konzentriert. Dies sollte mit Frieden und regionaler Zusammenarbeit kombiniert werden, einschließlich des Friedens zwischen der EU und Russland sowie der EU und China. Europa ist eigentlich die Region der Welt, die am ehesten mit der nachhaltigen Entwicklung übereinstimmt.

***Der Fehler Europas bestand jedoch darin, die Europäische Union mit der NATO zu verwechseln und sich der aggressiven Außenpolitik der USA gegenüber Russland und China anzuschließen. Europa braucht eine eigene Außenpolitik, die nicht auf der NATO, sondern auf der kollektiven Sicherheit in Europa wie in der OSZE beruht.“ (2)***

Dem Inhalt dieser Aussagen ist nichts hinzuzufügen. Sie bestimmt die Denkrichtung dieses Buches.

---

[\(https://mediashop.at/buecher/anatomie-der-us-hegemonie/\)](https://mediashop.at/buecher/anatomie-der-us-hegemonie/)

**Hier können Sie das Buch bestellen: „ProMedia“**

[\(https://mediashop.at/buecher/anatomie-der-us-hegemonie/\)](https://mediashop.at/buecher/anatomie-der-us-hegemonie/)“

---



**Mohssen Massarrat**, 1942 in Teheran geboren, lebt seit 1960 in Deutschland, absolvierte zunächst ein ingenieurwissenschaftliches Studium, promovierte in Politik- und habilitierte dann in Wirtschaftswissenschaften. Bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2007 war er Professor für Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher und Artikel zu den Themen Kapitalismus, Energie und Ökologie, nachhaltige Entwicklung, globale Ressourcenkonflikte, Mittlerer Osten, Iran sowie Friedens- und Konfliktforschung. Zuletzt erschien von ihm „Braucht die Welt den Finanzsektor? Postkapitalistische Perspektiven“.